

Merseburger Correspondent.

Erscheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7½ Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Herumträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

No. 246.

Dienstag den 13. Dezember.

1892.

Die Verurteilung Ahlwardt's.

Nach zehntägigen Verhandlungen hat der Prozeß Ahlwardt am Freitag Abend mit der Verurteilung des Angeklagten wegen wiederholter öffentlicher Verleumdung durch die berüchtigte „Judenstimme“-Brochüre zu fünf Monaten Gefängnis geadelt. Die Verurteilung ist erfolgt wegen einfacher Verleumdung (§ 186 des St.-G.-B.) und wegen Verleumdung durch öffentliche Verbreitung nicht erweislich wahrer Thatsachen, welche die Beleidigten verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind. In beiden Fällen ist das Strafmaßimum 2 Jahre Gefängnis. Da der Gerichtshof eine dreifache Verleumdung der Herren Loewe und Kühne und des Büchsenmachers Risch als erweisen annahm, muß man das Strafmaß von 5 Monaten als ein sehr mildes bezeichnen. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von 1½ Jahren beantragt, allerdings unter der Voraussetzung der Kriterien des § 187 des St.-G.-B., nämlich, daß Ahlwardt in den „Judenstimmen“ die Herren Loewe und Genossen „wider besseres Wissen“ beschuldigt habe, im Auftrag der Alliance israelite der Militärverwaltung unbrauchbare Gewehre geliefert zu haben, um das Reich wehrlos zu machen. Gleichwohl wäre der Gerichtshof nicht zu dem vorerwähnten Strafmaß gelangt, wenn er nicht angenommen hätte, daß Ahlwardt durch sein Verhalten das öffentliche und das Staatsinteresse benützt geschädigt habe. Es ist also genau so gekommen, wie Ahlwardt in der Unterredung mit einem Reporter vor Beginn des Prozesses gehofft hat, nämlich, daß die Richter sich davon überzeugen würden, daß er in Allem in gutem Glauben gehandelt habe. Herr Ahlwardt hat allen Grund, sich bei diesem Urteil zu beruhigen. Noch milder hätte es überhaupt nicht ausfallen können. Unserer Ansicht nach ist es für die Sache ganz gleichgültig, ob Ahlwardt zu 5 oder zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt ist. Die Bedeutung des Prozesses lag — ähnlich wie in dem Prozeß Buschhoff — in der öffentlichen Klarlegung der Methode, deren sich die Antisemiten bedienen, um ihrem Haß gegen ihre jüdischen Mitbürger Ausdruck zu geben. In diesem Sinne war der Prozeß Ahlwardt ein „Tendenzprozeß“ im guten Sinne des Wortes. Nach der antisemitischen Lehre rührt alles Böse in der Welt, sogar die Ermordung des Kaisers Alexander II., von den Juden her und deshalb wird nicht der einzelne „Jude“, dem eine schlechte Handlung beizulegen werden kann, verfolgt, sondern die Juden überhaupt. Im vorliegenden Falle — und soweit es sich um die Loewe'sche Gewehrfabrikation handelt — waren die Ahlwardt'schen Verleumdungen handgreifliche Verleumdungen. Eine Fabrik wie die Loewe'sche ist im Interesse ihrer Existenz und Zukunft darauf angewiesen, gute Fabrikate zu liefern. Das ist Geschäftssache; von Patriotismus braucht dabei gar keine Rede zu sein. Nur der leidenschaftliche Wunsch, einen jüdischen Feind zu vernichten, konnte Ahlwardt verleiten, den Angaben böswilliger oder unverständiger Arbeiter Glauben zu schenken und auf dieser schwankenden Grundlage ein Gebäude leichtsinniger Verleumdungen aufzubauen. Der Rektor aller Deutschen ist, wie gesagt, ein Opfer seines Fanatismus, seiner Leichtgläubigkeit und seines Mangels an Sachkenntnis geworden. Dafür wird er büßen müssen. Leider aber gehen diejenigen, die einen großen Theil der Verantwortlichkeit für die Sünden Ahlwardt's tragen, frei aus. Und darunter finden sich Männer, die man gemeinhin nicht zu den antikatholischen Exzessiven à la Ahlwardt rechnet. Einem Teil aller Schlandheit beschränkter Manner, wie Ahlwardt ist, kann man Manches zu Gute halten, aber was soll man von den Beschültern des Rektors, den Herren v. Langen, Frh. v. Waderbarth und Anderen sagen, deren Namen in dem Prozeß nicht genannt worden sind, deren Schattenbild aber für halbwegs scharfsichtige Zuschauer sichtbar war. Ahlwardt hat offenbar Helfershelfer in Kreisen gehabt, die ihrer

Bildung und ihrer gesellschaftlichen Stellung nach weit über ihn erhaben sind und die den Demagogen zu ihrem Zweden ausgenutzt haben.

Politische Uebersicht.

Soviel auch seit Jahr und Tag über die Nothwendigkeit einer Umgestaltung der Deutsch-konservativen Partei im Sinne einer „Volkspartei“ geredet und geschrieben worden ist — der Verlauf des jüngst stattgehabten Parteitags wird gleichwohl auf weite Kreise wie auf eine Offenbarung wirken. Wie ein Gebirgsstrom nach dem Gewitter hat die antisemitische Bewegung alle Hindernisse übersprungen und diejenigen, die noch halbwegs Bedenken gegen ein rüchhaltiges Zusammengehen mit den Antisemiten hegen, wie Herr v. Rauchhaupt, mit sich forgerissen. Die eigentliche Signatur haben die Verhandlungen durch den konservativen Candidaten bei der Erbschaft in Arnswalde-Frieberg, Herrn v. Baldow erhalten, der das gesüßelte Wort des Fürsten Bismarck: „Lieber zehn Sozialdemokraten als einen Freisinnigen“, dahin variiert: „Lieber zehn Antisemiten, zehn Ahlwardts, als einen Freisinnigen“. Und doch — wenn die konservativen, die sich der Führung des Herrn v. Hammerstein anvertraut haben, noch einer fühligen Erwägung fähig wären, so müßten sie in dem Schicksal des Herrn v. Baldow mehr eine Warnung, als eine Ermunterung, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen, erblicken. Herr v. Baldow, obgleich konservativer Antisemit, hat in dem ersten Wahlgange nicht ein Drittel der für Ahlwardt abgegebenen Stimmen erhalten, so daß er nicht einmal in die Stichwahl gelangte. Das antisemitische Bekenntnis des Herrn v. Baldow hat also bei den Wählern das Mißtrauen in seine konservative Gesinnung nicht überwunden. Darnach er scheint die Hoffnung, die Aufnahme des Tages, daß die konservative Partei den jüdischen Einfluß auf unser Volksleben bekämpfe, werde die antisemitische Strömung in das konservative Bett leiten, wenig gerechtfertigt. Im Gegentheil ist es sehr viel wahrscheinlicher, daß die Aufnahme der Judenfrage in das konservative Programm die Brücke sein wird, über welche die bisher konservativen Wähler demnach in das antisemitische Lager desertieren. Das große Reich, welches der neue Einfluß zerkört, wird nicht das antisemitische sein. Aber nicht nur den Antisemitismus wollen die Herren v. Hammerstein und Gen. mit dem neuen Programm überwinden, sondern auch die Sozialdemokratie und den Anarchismus, und deshalb haben sie auf den Antrag des Herrn Stöcker den Satz aus dem Programmentwurf beseitigt, der Ausnahmegesetze gegen diese „vaterlandlosen und auf den Umsturz gerichteten Bestrebungen“ fordert. Herr Stöcker, der es bei solchen Anlässen an großen Worten nicht fehlen läßt, hat dem Parteitag unter Berufung auf seine 14-jährige Erfahrung die Thatsache mitgeteilt, daß es unter den sogen. Anhängern der Sozialdemokratie viele Leute giebt, die im tiefsten Grunde ihres Herzens den Konservativen näher stehen, als den Bebel und Liebknecht. Diese Leute stellen sich in das Gefolge der Sozialdemokratie, weil sie glauben, daß diese einzig und allein die Interessen des armen und kleinen Mannes vertrete. „Zeigen wir ihnen, deklamirte der Hofsprecher a. D., daß wir ernstlich gewillt sind, die Interessen des vierten Standes und, was ich noch für viel wichtiger halte, die Interessen des Mittelstandes, des Handwerkers und kleinen Bauern entschließen und kraftvoll wahrzunehmen, so werden sie gern zu uns herüberkommen.“ Und so prophezei Herr Stöcker, diese vielen Leute würden bald befestigt liegen zu den „Häfen des Vaterlandes und des Thrones“. Gerade die 14-jährige Erfahrung dieses Mannes, der mit dem ganzen Nachdruck des deutschen Volkes (wie er ihn versteht) und der Liebe des Christenthums die Judenbege in seiner christlich-sozialen Partei in Scene gesetzt hat, spricht gegen seine Prophezeiung. Herr Stöcker hat sich

quert der Judenfrage bemächtigt, um der Sozialdemokratie Abbruch zu thun. Er hat damit die Keime zu dem antisemitischen Giftbaume gelegt, der heute die konservative Partei überwuchert; aber er hat den Siegeszug der Sozialdemokratie nicht verhindert und — was schlimmer ist — er hat nicht einen Sozialdemokraten zu seinem Evangelium der christlichen Liebe bekehrt. Aber selbst wenn ihm in Zukunft gelänge, was ihm bisher verweigert war, wenn es gelänge, Sozialdemokraten zu Antisemiten zu machen, würden die Verführten dann „Vaterland, Kirche und Thron“ weniger aufgeben müssen? Oder ist in dem Lager Stöcker's ein Ahlwardt Vorkämpfer für Vaterland, Kirche und Thron? Und Ahlwardt gehört ja doch mit zu der Gesellschaft, da der Parteitag den Satz, der die „Ausbreitungen des Antisemitismus“ verwerfen sollte, gestrichen hat. Obgleich aber der Parteitag die „föhnesten Hoffnungen“ der „Kreuzig.“ übertroffen hat, eins ist ihm nicht geblieben: die Reinigung der konservativen Partei von den Herren v. Hellhoff u. Gen. Dieser Stachel ist zurückgeblieben, obgleich man nachträglich in der Einleitung die Worte, welche das Programm von 1876 neben dem neuen Programm aufrecht erhalten sollte, gestrichen und nur eine „Ankündigung an die bewährten Grundsätze, welche in dem Programm von 1876 ausgesprochen sind“ übrig gelassen hat. Herr v. Hellhoff und 20 Mitglieder der deutschkonservativen Partei des Reichstags haben eine Erklärung verlesen lassen, die unter Berufung auf die Beschlüsse der deutschkonservativen Fraktion gewissermaßen Protest einlegt gegen die Beschlüsse des Parteitags. Darin wird konstatiert, daß die Fraktion „widerprüchlos“ beschlossen habe, an dem bisherigen Programm (von 1876) festzuhalten und den Vorstand des Wahlvereins der deutschen Konservativen zu ersuchen, dem Parteitage eine Erklärung vorzulegen, in welcher Stellung zu den concreten, zur Zeit das öffentliche Leben beherrschenden Fragen zu nehmen ist. Und die Abg. v. Hellhoff und Gen. knüpften daran die Erklärung, daß sie auf dem Standpunkt des Fraktionsbeschlusses verharren, an dem Programm von 1876 festhalten und das neue Programm nur als eine Erklärung zu den gegenwärtig das öffentliche Leben beherrschenden Fragen betrachten. Und auf Grund dieser Erklärung verließen die v. Hellhoff u. Gen. in dem konservativen Verbands, abwartend, bis die antisemitische Säuberei sich verlaufen hat. Etwas Geduld werden sie freilich haben müssen.

Die parlamentarische Krisis in Oesterreich hat nunmehr ihre endgültige Klärung durch die Genehmigung des Entlassungs-Gesuches des Grafen Kuenburg erfahren. Graf Kuenburg ist zum Senatspräsidenten beim obersten Gerichtshof ernannt worden. — Dem österreichischen Abgeordnetenhaus hat der Finanzminister Dr. Steinbach ein bis Ende März laufendes dreimonatliches Budgetprovisorium vorgelegt. In derselben Sitzung erlitt die Regierung eine Niederlage anlässlich einer Interpellation über die Geschäftsführung der Versicherungsgesellschaft „Böhm“. Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung sehe sich nicht veranlaßt, gegen die Gesellschaft vorzugehen, da sie die gegen dieselbe angebrachten Anschuldigungen nicht für gerechtfertigt erachte. Die Mehrheit, bestehend aus den Deutschliberalen, Deutschnationalen, Jungsozialen und Antisemiten, beschloß aber gegen den Wunsch des Ministerpräsidenten in eine Befragung der Interpellation einzutreten. — Die halbamtliche „Montagsrevue“ bezeichnet alle Meldungen von bevorstehenden Ministererennungen einschließlich der von der Ernennung eines böhmischen Landammanns als erfunden; der Ministerpräsident werde die Zeit des Budgetprovisoriums zur Bildung einer neuen Mehrheit benutzen.

In der Panama-Untersuchungsangelegenheit hat die französische Regierung sich zu weitestem Entgegenkommen gegen die Untersuchungskommission bequemt, um ihre Stellung zu befestigen. Ministerpräsident Ribot erklärte der

Commission, welche ihn am Freitag vernahm, die Regierung sei gewillt, mit der Commission Hand in Hand zu gehen, um so schnell wie möglich in der Angelegenheit volle Aufklärung zu schaffen. Der Justizminister Bourgeois erklärte, er werde die gesamten Aktenstücke in der Panama-Angelegenheit mittheilen; die von ihm gemachten Vorbehalte bezögen sich lediglich auf die Form. Die Commission müsse aber die erforderlichen Vorkehrungsmaßregeln treffen, damit die Freiheit der Anklagebehörde oder der Vertheidigung nicht beeinträchtigt würde. Die Commission wird im Einvernehmen mit der Regierung die Garantien feststellen, welche die letztere für erforderlich hält. Briffon sprach Bourgeois für dessen Erklärungen seinen Dank aus. — Imbert, der Verwalter des Reichsarchivs, ersuchte die Panama-Untersuchungs-Commission im Namen der Erben, sich bei der für den 14. v. M. in Aussicht genommenen Entfestigung und Inventarisierung der Papiere des Verstorbenen durch Abgesandte vertreten zu lassen. Die Commission verbot am Freitag den Director der „Société centrale de dynamite“; derselbe erklärte, in den Büchern der Gesellschaft finde sich keinerlei Aufzeichnung über die 500 000 Francs, welche der ehemalige Minister Barbe von Reicharchiv erhalten haben solle. Barbe könne die Summe nur in einer persönlichen Angelegenheit erhoben haben. — Inzwischen hat die Regierung auch die Opposition des Generalprocurators Duesnay de Beaupaire gegen das Vorgehen der Untersuchungscommission durch die Ernennung desselben zum Präsidenten des Cassationshofes unschädlich gemacht. Dieser hatte sich der Befehlsgabe der Papiere des Barons Reicharchiv und der Untersuchung der Leiche desselben widersetzt und diese Maßnahmen als Willkürlichkeiten bezeichnet, zu welchen die Gerichtsbehörde nur unter dem Drucke politischer Gewalt veranlaßt werden könnte. Der Generalprocurator hatte demgemäß dem Justizminister bereits am Donnerstag mitgetheilt, er betrachte sich als seiner Aemter enthoben. Der Justizminister Bourgeois richtete hierauf an Beaupaire die Bitte, sich von der republikanischen Partei nicht zu trennen, ersuchte ihn auch dringend, im Richterstande zu verbleiben und den Posten eines Präsidenten bei dem Cassationshofe anzunehmen. Beaupaire erklärte sich zur der Annahme dieses Postens bereit, um nicht nach außen hin als misvergnügter Opponent zu gelten.

Die Neubildung des spanischen Kabinetts ist von Sagasta vollzogen worden. Die neuen Minister haben bereits am Sonntag Vormittag 11 Uhr den Eid geleistet; die ministerielle Erklärung wird Montag in den Kammern verlesen werden. Sämmtliche Präfecten und mehrere diplomatische Vertreter Spaniens haben ihre Entlassung gegeben. — Sagasta beschloß, sämmtliche Vorkontrollposten neu zu besetzen. Die finanziellen Auseinandersetzungen zwischen Bulgarien und Rußland haben von russischer Seite jetzt dahin geführt, daß das deutsche Generalconsulat in Sofia der Regierung die Forderung Rußlands auf Zahlung der rückständigen russischen Dekontrollationskosten für fünf Semester in Höhe von 2 Millionen Rubeln überliefert hat. Auf der andern Seite will Bulgarien verlangen, daß Rußland die von ihm während der Okkupation ausgegebenen Obligationen in Papier einlöse, wodurch sich die Schuld Bulgariens an Rußland um 4 1/2 Millionen Rubel verringern würde.

Die serbische Stupskina wird der „Pol. Corr.“ zufolge am 25. Dezember aufgelöst und für die zweite Hälfte des Februar Neuwahlen anberaumt werden.

Die Ministerkrisis in Argentinien ist bereits erledigt. Der Finanzminister Romero bleibt Mitglied des Kabinetts. Dafür hat der Minister des Innern, Quintana, demissionirt. Zu der nordamerikanischen Zolltarifreform hat der künftige Präsident Cleveland bereits den ersten Schritt gethan. Nach einer in London eingegangenen Meldung hat Cleveland den Senator Gorman mit der Bildung eines aus Mitgliedern des Senats und des Repräsentantenhauses bestehenden Ausschusses beauftragt, der eine im neu-gewählten Congresse einzubringende Tarifvorlage ausarbeiten soll. — Der Newyorker Berichterstatter der „Hamb. Nach.“ verzeichnet das bemerkenswerthe Gerücht, daß Karl Schurz von Cleveland zum Gesandten für Berlin außersehen sei.

Deutschland.

Berlin, 12. Dec. Der Kaiser feierte am Sonnabend 11 Uhr 30 Min. von den Hofjagden in Springe nach Potsdam zurück. Mit dem Kaiser traf auch der Prinz Ludwig von Bayern aus Springe ein. Gestern Vormittag wohnten die Majestäten dem Gottesdienste in der Friedenskirche zu Potsdam bei. Mittags empfing der Kaiser den Chef des Generalstabes der Armee und hatte eine Beratung mit dem Reichskanzler. Nachmittags fand bei den Majestäten in der Jagd-Spaziergalerie ein Frühstückstisch von einigen

30 Gedecken statt. Heute gedenkt der Kaiser einer Einladung des Amteschabes v. Dieze zur Jagd zu entsprechen und sich nach Barbü zu begeben. Die Ankunft in Barbü erfolgt vormittags 9 Uhr 39 Min., worauf die Jagden sofort ihren Anfang nehmen. Abends 8 Uhr 30 Min. erfolgt dann die Weiterreise von Barbü nach Neuzatterleben.

— Die deutsch-russischen Handelsvertragsverhandlungen werden, wie der „Hamb. Correspond.“ neuerdings berichtet, in Berliner amtlichen Kreisen als gescheitert angesehen. — Die Meldungen lauteten schon in letzter Zeit ziemlich ungünstig, doch wurde offiziös immer noch von einer zu pessimistischen Anschauung gewarnt.

— Die Einschätzung der Landwirthe zur neuen Einkommensteuer sind bekanntlich sehr stark hinter den Erwartungen zurückgeblieben, weil hier keine Declarationspflicht besteht, sondern nur gewisse Normsätze für die Einschätzung maßgebend sind. Der Finanzminister hat jetzt die Branzlagungs-commissionen angewiesen, ein ausgiebiges Material zu sammeln über die Höhe der Reinerträge pro Meter je nach Boden- und Culturart, über Pachtgeberhöhe, über die Lohn- und Befolungssätze von Arbeitern Gehilfen und Beamten. Aus diesem Material sollen, möglichst zutreffende Schätzungsnormen hergeleitet werden.

— Gegen die erhöhte Besteuerung des Viehes hat der freisinnige Verein in Schmalzkalben eine Resolution beschlossen, welche auspricht, daß einmal dadurch der weniger bemittelten Bevölkerung ein unentbehrliches Nahrungsmittel erheblich vertheuert und andererseits die Erziehung der mittleren und kleineren Brauereien in ihrem ohnehin schweren Kampf gegen die Großbrauerei ernstlich gefährdet wird. — Die Magdeburger Brauer hielten eine Versammlung ab, in der sie die Absendung einer Petition gegen die Verdoppelung der Braukosten an die Handelskammer in Halleberstadt und an die Vertreter der Magdeburger Kaufmannschaft einstimmig beschlossen. Zu den Petitionen sollen auch Unterschriften der Brauer in den außerhalb belegenen bezüglichen Ortschaften eingeholt werden.

— Dem Schwarzbiel-Prozesse wird „eine ganze Menge von Nachspielen“ vorausgesetzt; vor allen Dingen soll zu erwarten sein, daß die Anwaltskammer im eherechtlichen Verfahren das Verhalten des Herrn Rechtsanwalts Herwig zu beurtheilen haben wird. Auch der Eid des Herrn Baasch soll angeblich der gerichtlichen Verfolgung nicht entgehen. Paasch hat u. a. folgendes beschworen: „Die Alliance israelite ist eine gegenseitige Versicherungsgesellschaft. Wenn der Jude 10 Mk. Beitrag dazu leistet, darf er Verbrechen begehen, und ein Taat betriegen.“ Jedemfalls dürfte in dieser zugehenlichen Fehlung nicht Meineld, d. h. ein wesentlich falscher Schwur, sondern nur fahrlässige Fehlvorstellung gefunden werden.

— Die „Judenflinten“ sollen nun auch noch, wie schon in vor. Nr. erwähnt, auf die Tribüne des Reichstages gebracht werden. Die Abgg. Dr. Bühl und v. Marquardsen haben mit Unterstützung der nationalliberalen Partei am Sonntag nachfolgende Interpellation eingebracht: „Die in dem soeben beendeten Prozesse Alhwartt vonnomenen militärischen Sachverhältnissen haben sich zwar schon entschieden für die gute Qualität unserer neuen Infanteriewaffen ausgeprochen. Nichts desto weniger erscheint es wünschenswerth, wenn von höchster autoritativer Stelle aus eine Befähigung und Bekräftigung dieses Urtheils erfolgt. Die Unterzeichneten richten deshalb an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob derselbe bereit ist, dem Reichstage in diesem Betreff eine Mittheilung zu machen? Wie die Interpellanten diese Anfrage im Einzelnen zu begründen gedenken, wird man am Montag erfahren. Unserer Ansicht nach ist nach der Erklärung des Kriegesministers, welche der „Reichsanzeiger“ kurze Zeit nach dem Erscheinen der „Judenflinten“ über die Brauchbarkeit und Kriegstüchtigkeit der Boens'schen Gewehre veröffentlicht hat, jede weitere Auskunft überflüssig. Uns scheint, durch eine solche Interpellation wird den Alhwart'schen Schwimbeln eine Bedeutung beigelegt, die sie in keiner Weise verdienen. Der Reichskanzler wird nur wiederholen können, was der Kriegesminister im „Reichsanzeiger“ und die militärischen Sachverständigen vor Gericht erklärt haben. Wer diesen keinen Glauben schenke, wird auch durch den Reichskanzler nicht überzeugt werden. Im Gegentheil, es wird, namentlich im Auslande, Bedenken genug geben, die aus dem Umstände, daß die Alhwart'schen Flinteren zum Gegenstand einer offiziellen Verhandlung im Reichstage gemacht werden, für uns unerwünschte Schlüsse ziehen. Von den auswärtigen Militärs gilt das natürlich nicht; die kennen die Vorzüge unseres neuen kleinatlirigen Gewehrs sicher eben so gut wie unsere eigenen Militärs.“

— (Zu einer Alhwart'sfeier) hatten sich Freitag Abend die Berliner Antisemiten unter Führung von Dr. Baqker und Dr. Förster zusammengefunden. Die „Feier“ bestand in Verdächtigungen des Gerichtshofs wegen der Art der Führung des Alhwartdprozesses.

In diesem Sinne war auch eine von den Versammelten angenommene Resolution gehalten, welche die Unterhaltung des Vertheidigers von Alhwart, daß der Gerichtshof sein Schuldig schon im Voraus ausgesprochen habe, wieder aufnahm. Wie schon klug es dabel, daß Dr. Förster den Respekt der Anwesenden vor der Obrigkeit ausprobat und die Deutsch-Sozialen eine Ordnungspartei nannte. Es waren namentlich auch noch besondere Sympathieerklärungen für Alhwart und dessen Vertheidiger angenommen.

— (Abg. Vebel) hat wie im „Vorwärts“ beantragt gemacht wird, sein Amt als Kassirer der sozial-demokratischen Partei niederzulegen und dasselbe auf den nengewählten Kassirer Gerlich überzutragen.

— (Colonialpolitik) Den Untergang Emin Paschas melden wieder einmal in London eingetroffene Berichte: Der „Morningpost“ zufolge ging in London die Meldung ein, Emin Pascha sei im März am Zurufluss von den Manyema geüdt worden. Die Meldung rührte von einem Agypter Namens Awad her, der mit Emin bei Mosamboni (südwestlich von Albert-Nyanga) gewesen sei. Seinen Mittheilungen zufolge brach Emin am 9. März mit einigen Manyema nach dem Kongo auf, nachdem er mit einem Araber Namens Rowana Blutbrüderbrüder geschlossen hatte. Der Agypter verließ sodann Mosamboni, hielt sich aber 23 Tage bei Kiumzi, dem obersten Hauptling am Südende des Albert-Nyanga auf. Am 1. April hörte Awad vom Bruder Mosamboni, einige Manyema, die Eisenbein von Mosamboni gefaßt, hätten die Nachricht überbracht, Emin und sein ganzes Gefolge wären von den Manyema unter Jumaal am Zuri, etwa zwei Tagesmärsche von Mosambonilant, ermordet worden. — Emin ist schon mehrmals todtgeklärt worden; jedesmal erwies es sich nachher, daß falsche Gerüchte den Anlaß zu der Meldung gegeben hatten, die bei den räthselhaftesten Duerzügen Emin's nur zu leicht entstehen konnten. Auch diesmal ist es nicht ausgeschlossen, daß wieder eine solche Nachricht vorliegt. Freilich tritt die Nachricht bestimmter aus als jemals zuvor und gewinnt eine größere Wahrscheinlichkeit dadurch, als diesmal die geographischen Angaben übereinstimmen mit den letzten Mittheilungen Staudmanns über Emin's Abzügen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 10. Dec.) Der Schwerpunkt des Interesses an der heute begonnenen 6. k. n. Verhandlung der Militärvorlage im Reichstage lag in der Erklärung des Abg. v. Huene über die Stellung des Centrum's, welche der einleitenden, die militärischen Gesichtspunkte der Vorlage entwickelnden Rede des Kriegesministers folgte. Herr v. Huene war in der Lage zu erklären, das Centrum sei einzig darüber, daß die Vorlage in ihrem vollen Umfange unannehmbar sei; da aber die Festlegung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit die Erfüllung eines lange begabten Wunsches der großen Mehrheit der Partei bedeute, so sei das Centrum bereit, Alles zu bewilligen, was zur Durchführung der gesetzlichen zweijährigen Dienstzeit innerhalb der jetzigen Friedenspräsenzstärke notwendig sei. An der einstimmigen Resolution von 1890 halte das Centrum nach wie vor fest. Das Centrum müsse also auch auf der jährlichen Festlegung der Friedenspräsenzstärke bestehen, wie denn ja auch die Ausgaben jährlich bewilligt werden. Herr v. Huene schloß mit dem Hinweis auf die in der Ehronrede ausgesprochene Hoffnung auf Verständigung, da man allerorts Alles mochte, was für unsere Behergbarkeit und Sicherheit notwendig sei. Abg. Richter erklärte, die Stellung des Centrum's ent spreche den Anschauungen der freisinnigen Partei. Richter kam dann auf die neulichen Ausführungen des Reichstagespräsidenten bezüglich der 4. Bataillone zurück und wies den Vorwurf Frege's, daß er in jener Rede bezüglich der 4. B. der Bundecommission gemachten vertraulichen Mittheilungen die Discretion verletzt habe, zurück. In seiner Entgegnung bezeichnete die Reichstagskommission, der mit Vertheidigung davon nicht nah, daß Richter's heutige Rede „mehr freisinnig als fortschrittlich“ gewesen, als den springenden Punkt der Vorlage die Vermehrung der Präsenzstärke. Abg. v. Mantuffel (der Führer der neuen liberalen, autonomen Volkspartei) erklärte, seine Zustimmung hänge ab von der Erledigung seiner finanziellen Bedenken; dafür sei die Commission der Art: Herr v. Mantuffel will die Brauntweinsteuer gar nicht zur Deckung der Weibschere heranziehen und verlangt auch die Doppelveränderung im Unterrichts- und Landwirtschaftsministerium. Im übrigen hatte er bei aller Begeisterung für die jährliche Dienstzeit an der Vorlage nicht viel auszuwählen. Der polnische Abg. v. Komiersowski erklärte, die Polen seien prinzipiell gegen die Vorlage; verbroch aber Bezejung in der Commission. In der ersten Beratung werden von freisinniger Seite noch der Abg. Herr v. Stauffenberg, von den Nationalliberalen der Abg. v. Bennigsen sprechen.

— Das Heimstättengesetz ist von der konservativen Partei im Reichstag wieder eingebracht worden in der Fassung, welche die Commission in der letzten Session diesem konservativen Gesetzentwurf gegeben hat. Jene Commission aber war gar nicht im Stande, ein Gesetz, das gehen und stehen kann, fertig zu machen. Der Entwurf der Commission enthält nur den Anfang einer Rechtsordnung über Heimstätten. Das Uebrige zu machen, soll der Landesgesetzgebung vorbehalten bleiben. Und wenn die Landesgesetzgebung sich nicht darauf einläßt, nun, dann bleibt das Reichsgesetz eben auf dem Papier stehen als ein Unfähigkeitzeugnis für die gegenwärtige Reichstagsmehrheit.

Bekanntmachung.

Unser diesjähriger großer

Weihnachts-Ausverkauf

hat begonnen und werden alle Artikel unseres enormen Waarenlagers ganz bedeutend unter Preis verkauft.

Bis Weihnachten auch Sonntags geöffnet.

Emil Ploehn & Co.,

gr. Ritterstraßen-Gde.

Auf die Auslagen in unseren 6 Schaufenstern machen noch besonders aufmerksam.

Fr. Freygang, Merseburg, Gotthardtsstraße.

Zu Weihnachtseinkäufen empfehle ich, wie wie in früheren Jahren, so auch in diesem, meine großen Lagerbestände in

- | | |
|------------------------|---------------------|
| Kleiderstoffen, | |
| Feinwand, | Schlafdecken, |
| Bettzeuge, | Barchentbetttücher, |
| Handtücher, | Bettdecken, |
| Tischtücher, | Tischdecken, |
| Servietten, | Reisedecken, |
| Cashentücher, | Bettvorlagen, |
| Schürzen, | Teppiche, |
| Unterröcke, | Gardinen, |
| Schulterkragen, | Möbelstoffe. |

Meine Preise sind äußerst billig, sodaß ich mit denselben von sogenannten Weihnachts-Ausverkäufen jederzeit concurreire.

Die noch vorräthigen Herren-Garderoben verkaufe, soweit der Vorrath reicht, um damit zu räumen, bedeutend unterm Kostenpreise. Winter-Heberzieher, reelle Waare, zu 10 Mark, Reisemäntel zu 14 Mark. Bestellungen nach Maß werden nach wie vor gut und billig angeführt. Stoffe reichhaltiges Lager, und gebe solche auch nach Meter ab.

Al. Ritter-straße 13. **Otto Engel.** **Al. Ritter-straße 13.**

Pianinos vorzüglichster Sorte zu mäßigen Preisen unter Garantie, gebraucht, von 350 Mark an unter Garantie, **Pianinos,** feinsten Firmen zu mäßigen Preisen unter Garantie, **Flügel** empfiehlt

C. Rich. Ritter,
Merseburg, Gotthardtsstraße 39L.

Gust. Schönberger jun.,
Lager engl. Biscuits und Cakes,
empfehlen einem hochgeehrten hiesigen und auswärtigen Publikum seine äußerst reichhaltige

Weihnachts-Ausstellung.
Baum-Confect
in größter Auswahl, als: Marzipan, Chocolate, Liqueur, Schaum, Auflauf und div. Tannenbaum-Biscuits.

Marzipan,
ff. Königsberger und Lübecker, mit und ohne Carton, Figuren, Thiere, Früchte, Gemüse, Teller mit diversen Speisen etc.
Feinste Lebkuchen, ff. Vanille, Macrouen, Delicateß, Marzipan, Baseler Leckerli, Glisen, Wallnuß, Chocolad, Nittenberger Lebkuchen, Griechische Mandelnüsse, Liegnitzer Bomben.
Bestellungen auf Christstollen versch. Qualität werden sorgfältig ausgeführt.
Honigkuchenscheiben mit entsprechendem Rabatt.

Gößere Posten Graben- und Normal-**Stahlschienen** unter Tagespreis abzugeben. Anfragen erb. sub J. F. 5464 durch **Rudolf Mosse,** Halle a. S. (a 139/12 B.)
Am Sonnabend ist an der Stadtfische eine Butterwanne stehen geblieben. Bitte abzugeben im Milchhain bei **Bartels am Grünmarkt.**
Hierzu eine Beilage.



Parlamentarisches.

Ueber den Entwurf eines Auswanderungsgegesetzes fand nach der „Nationalz.“ im Reichstagsgebäude eine Vorbesprechung von Mitgliedern aller Fraktionen statt, unter Zuziehung von Sachverständigen aus Handel und Industrie. Die allgemeine Anschauung war, daß der Gesetzentwurf in der vorgelegten Form unannehmbar sei. Die Umarbeitung in einer Reichstagscommission nach der Lesung im Plenum scheine unerlässlich.

Die Commission des Reichstags nahm am Sonnabend den Gesetzentwurf, wonach vom 1. April 1893 ab die gesetzliche Zeit in Deutschland die mittlere Sommerzeit des 15. Längengrades östlich von Greenwich sein soll, mit allen gegen die Stimme des Ab. Brandenburg (Centr.) an; letzterer bewies die Kompetenz der Reichsgesetzgebung. Den sonstigen Bedenken gegen die Einführung der Einheitszeit glaubte die Commission durch einen von dem Abg. Moeller (natl.) beantragten Resolutionsentwurf tragen zu können. Derselbe lautet: „Die großen Unterschiede zwischen mittlerer Ortszeit und mitteleuropäischer Zeit für die im fernem Westen und Osten des Reiches gelegenen Landestheile erschweren die Möglichkeit, die in der Novelle zur Gewerbeordnung vom 1. Juni 1891 festgelegten Zeitbestimmungen für Beginn und Ende der Arbeitszeit auszugleichen, sofern dieselben derart gleichmäßig verfaßt oder verspätet werden, daß die Dauer der Arbeitszeit nicht dadurch verlängert wird. Der Reichstag ersucht demnach die verbündeten Regierungen, eine entsprechende Abhilfe herbeizuführen.“

Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: „Im Reichstagsbesitz überreichte einer großen Mehrheit darüber, den erweiterten sozialdemokratischen Antrag auf Unterbrechung des gegenwärtigen Strafverfahrens gegen Ahlwardt nicht, wie es sonst geschieht, ohne Weiteres anzunehmen, sondern der Geschäftsordnungscommission zu überweisen.“ Soweit die freisinnige Fraktion in Betracht kommt, so hat dieselbe sich, wie uns mitgeteilt wird, bereits dahin schlüssig gemacht, daß kein Antrag vorliegt, von der bisherigen Praxis, in solchen Fällen ohne jede Rücksicht auf die Person die Einstellung eines schwebenden Strafverfahrens während der Session auf Grund des Art. 31 der Verfassung zu verlangen, jetzt abzuweichen. Sollte im Reichstags von anderer Seite die Überweisung eines etwaigen Antrags an die Geschäftsordnungscommission beantragt werden, um die Frage einer eingehenden Erörterung zu unterziehen, so würde die freisinnige Partei dem gleichwohl nicht widersprechen.

Provinz und Umgegend.

Halle a. S., 10. Dez. Gestern Morgen 6 Uhr fand man in der Bedürfnisanstalt für Männer im rothen Thurm am Marktplatz einen Mann todt vor. Derselbe hat, nach den angefertigten Ermittlungen, auf der in dem Raume befindlichen, nach dem Turme führenden steilen Treppe genächtigt, ist im Schlafe von derselben abgestürzt, mit dem Kopfe auf irgend einen scharfen Gegenstand aufgeschlagen und in Folge einer dabei erlittenen heftig blutenden Verletzung (Schädelbruch) verstorben. Da man in dem bei ihm vorgefundenen Notizbuch den Namen Ripph, Glaser von hier, verzeichnet fand, so glaube man es mit diesem zu thun zu haben, es stelle sich aber später heraus, daß es der dem Trunke zuneigende, unverheiratete Arbeiter Weickbrodt von hier war, der einen so schnellen Tod erlitten. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle geschafft.

Halle, 11. Dez. Die „Neuen-Walzfabrik Goldene Aue bei Rosleben a. Unstrut“ erzielte im Jahre 1891/92 bei einem Aktienkapital von 400 000 Mk. nach ca. 14 000 Mk. Abschreibungen einen Reingewinn von 51 575 Mk.

Kottbus, 6. Dezember. Es dürfte nicht uninteressant sein mitzutheilen, so wird einem Börsenblatte aus unserer Industriekabine geschrieben, daß ein großer Theil der Smyrna-Teppiche für den Sultan in Deutschland, und zwar in Kottbus, angefertigt wird. Die Fabriken in Smyrna sind mit Aufträgen meistens überhäuft und machen Zwangsstellungen in Lyon. Die Fabriken in Lyon haben ebenfalls Ueberhäufung an Arbeit, so daß nun die Kottbuser Teppichfabriken mit Bestellungen versehen werden. Hier werden nach schmerzlichen Mürken die Teppiche angefertigt, die von geschickten Knüpperrinnen sämtlich mit der Hand ohne maschinelle Hilfe ausgefertigt werden. In der gegenwärtigen Saison sind diese Fabriken mit bedeutenden Aufträgen versehen, so daß demnach eine große Menge Kottbuser Fabrikrats als Smyrna-Teppiche, die den echten auch überhaupt in seiner Beziehung nachsehen, in den Palaß des Sultans nach der Türkei wandern. † Koburg, 9. Dez. Am Mittwoch wurde der

auf der Wanderschaft begriffene Brauer Popp aus Prächting auf der Landstraße erfroren aufgefunden. † Arttern, 9. Dez. Nachdem die hiesigen städtischen Behörden die Anlage einer elektrischen Beleuchtung für die Stadt genehmigt haben, ist die Ausführung derselben der Firma Siemens & Halske in Berlin übertragen worden. Am 20. d. M. soll die Beleuchtung in Betrieb gesetzt werden. Dieselbe wird für 300 Lampen eingerichtet.

† Raumburg, 9. Dez. Hier hat sich nach dem Vorbilde größerer Städte zur Vertretung der Interessen des städtischen Grundbesitzes ein Hausbesitzerverein gebildet.

† Staffort, 11. Dez. Für die Weltausstellung in Chicago hat das Kalt-Syndikat auf Ludwig II. (Kaiser) einen weisproben Salzsoloz in Form eines 2,25 m hohen achtförmigen Obelisken, umgeben von vier 1,25 m hohen kleineren Obelisken, herstellen lassen. Als Unterlag für das Ganze dient ein massiver Eisenfuß. Das Ausstellungsobjekt soll baldigst abgefaßt werden. Das Schauffisch ist durch Steinmetzmeister Röhbe hier bearbeitet.

† Auch in Erfurt sind, wie vom 11. d. M. von dort geschrieben wird, in den letzten Wochen falsche 50-Pfennigstücke in Verkehr gebracht worden. Die Stücke tragen die Jahreszahlen 1876 bzw. 1877. Der Falschmünzer ist jetzt in einem fremden Arbeiter ermittelt, der fest zugezwungen in der Schlafkammer war. Mit einem Genossen hatte derselbe dort die Prägerei betrieben. Der Hauptschuldige hatte sich der Verhaftung vorläufig durch die Flucht entzogen.

† Aus Bad Schmiedeberg (Bez. Halle) 11. Dez. wird von einem belagerten englischen Soldaten berichtet, durch den eine dortige Familie in Trauer versetzt worden ist. In der Wohnung des Kaufmanns Schuchardt hatte der 10-jährige Sohn sich eines Revolvers bemächtigt; durch einen Schuß wurden die ersprecklichen Eltern in ein Zimmer getreten, in dem sich der Knabe mit einem jüngeren Kinde befand. Durch einen Schuß in die Stirn getroffen lag das jüngere Kind am Boden. — Die Schußwaffe befand sich sonst stets in verschlossenem Zimmer, nur insolge einer Veränderung in der Wohnung hatten die Kinder Zutritt zu diesem Zimmer erlangt.

Localnachrichten.

Merseburg, den 13. December 1892.

Es waren Zweifel darüber entstanden, wie bei Festsetzung der Pensionen von Lehrern an höheren Unterrichtsanstalten das von diesen abgetretene Probejahr zu berechnen ist, insbesondere, welcher Tag bei dem allgemein zur Bezeichnung des Beginnes des Probejahres gebräuchlichen Zeitbenedenungen, „Oftm. u. f. w.“, der Berechnung der pensionfähigen Dienstzeit zu Grunde zu legen ist. Zur Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens hat deshalb der Kultusminister im Einverständnisse mit dem Finanzminister bestimmt, daß bei Festsetzung der pensionfähigen Dienstzeit das mit einem Schuljahre zusammenfallende Probejahr unabhängig von seiner thatsächlichen Dauer als volles Dienstjahr anzurechnen ist, gleichviel ob dasselbe je nach der Lage zweier auf einander folgenden Dienstjahre einige Tage mehr oder weniger als den Zeitraum eines Kalenderjahres umfaßt hat.

Unser Magistrat wird voraussichtlich in nächster Zeit mit Bewerdungen um die zum 1. Januar n. J. frei werdende Küsterstelle an hiesiger St. Maximiliankirche überhäuft werden, da das Einkommen dieser Stelle in einem halben Blatte (statt 1500) mit ca. 15 000 Mk. angegeben ist. — Glücklicher Küster!

In diesen Tagen bot in einem hiesigen Gasthose ein Fremder den am Abend versammelten Stammgästen ein ausgezeichnetes Bugwasser an und nahm, um die Anwesenden von der Vortheilhaftigkeit seines Fabrikats zu überzeugen, sofort an sich darbietenden Knöpfen und metallenen Geräthen u. ein Probebugen vor, das alle Erwartungen übertraf. Natürlich gingen nun die Häscherchen mit dem samofen Reinigungsmittel reisend ab und der Fremde begab sich, als Alles versorgt war, in eine nahegelegene Restauration, um dort das sotte Geschäft fortzusetzen. Zu seinem Unglück aber er hier, noch ehe er recht im Zuge war, einen unfelr Polizeisergeanten in die Hände, der ihm wegen Gewerbebetriebes ohne Gewerbebeschein ein vorläufiges Unterkommen im Rathshose anwies. Am andern Morgen stellte sich heraus, daß man mit dem Fremden, einem stellenlosen Kellerer, einen recht guten Fang gemacht. Die Eigenthümer derjenigen Sachen, an denen derselbe sein Probebugen vollzogen hatte, kamen nämlich voll Enttäuschung in den Gasthof gelaufen, da das harmlose Bugwasser sich als eine scharf ätzende Säure entpuppte, welche die damit berührten Gegenstände über Nacht total zerstört hatte. Der freche Patron wird in-

folgedessen auch noch eine Anklage wegen Betrugs zu gewärtigen haben.

*(Theater.) Auf die heute stattfindende Benefizvorstellung unseres beliebten Paul Milibig machen wir im Interesse des wackeren Künstlers hier nochmals besonders aufmerksam. Die zur Ausführung gelangende Novität „Hohe Schule“ hat sich überall als zuzugänglich bewährt; es ist ein Lustspiel im wahren Sinne des Wortes und wird sich gewiß auch hier großer Sympathie erfreuen. Da Herr Stadtbrompeter Stuber bereitwillig seine Unterstützung zugesagt hat, so dürfte auch nach dieser Richtung hin der Abend ein recht genußreicher werden. Wir wünschen dem Benefizantinnen ein recht volles Haus als Anerkennung für sein redliches Bemühen, und Gute zu bieten. Mögen diese Zeilen dazu beitragen.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

Lützen, 12. Dez. Das Conulat Lützen der Allgemeinen Kadfahrerverein-Union veranlaßt am 15. Januar n. J. ein Saalfest (Kunstfahrabend) mit anschließendem Ball. Die ersten Kunstfahrer Deutschlands werden an diesem Abend auftreten und verspricht dieses Sportfest, welches das erste in den Mauern unserer Stadt ist, einen großartigen Verlauf zu nehmen. Auch der berühmte Meisterschaftsfahrer von Europa im Kunstfahren, Herr Paul Griebel hat sein Kommen zugesagt.

† Wäheln, 11. Dez. Heute früh 2 Uhr wurden die Bewohner unserer Stadt durch Feuerstöße geweckt. Es stand eine mit Getreide gefüllte Scheune des Ritterguts Zöbfigler in Flammen, und konnte wegen der großen Hitze ein Weitergreifen derselben auf die angrenzenden wie auch auf die in der Nähe liegenden Wohnhäuser nur mit bedeutenden Anstrengungen verhindert werden. Die Ursache der Entzündung des Feuers ist noch unbekannt.

S. Schaafstädt, 10. Dez. Der hiesige Gasthof zum „Prinz von Preußen“ ist dieser Tage für 51 000 Mk. in den Besitz der Brauereifirma G. Berger-Merseburg übergegangen. Der selbige Inhaber hat sich einen Auszug im jährlichen Betrage von 1200 Mk. ausbedungen.

Am Mittwoch vor. Woche fand in Crumpha der festliche Einzug des neuen Pfarrers, Herrn Pastor Schuler, unter harter Theilnahme der Gemeinde und Schule statt. Zum Abend war ein Ehrenmahl und in beiden Gasthöfen Bälle veranstaltet.

S. Freyburg, 11. Dez. Bei Abräumungsarbeiten in der Landwirth Reiferschen Sandgrube an der Hennenstraße wurde gestern wiederum, wie schon öfter, eine vorgeschichtliche Grabstätte bloßgelegt. Etwas 1/2 m tief hiesien die Arbeiter auf zwei größere Kalksteinplatten, deren Ecken wiederum von kleineren Steinblöcken — den sog. Wächtern — markirt waren. Nach Wegräumung derselben fanden sich zahlreiche Gebeine von Menschen, zum Theil verkohlt, Feuersteine und vier gebrochene Urnen verschiedener Arbeit, von denen leider die zwei größten beim Herausheben zerbrachen.

Vermishtes.

* (Vierfache Hinrichtung.) In Louisville, Kentucky, wurden am 9. d. vier Mörder, zwei Färbler und zwei Diebe, gehängt. Ein und derselbe Straftatbestand die vier Galgen, jedoch alle vier Delinquenten gleichzeitig den Tod erlitten. Zwei von den Hingerichteten haben ihre Frau ermorde.

*(Die Mafia in Nordamerika.) Es wurde schon vor einigen Tagen von den größten Tagesblättern erwähnt, daß der italienische Geheimbund der Mafia in Nordamerika sein mörderisches Unwesen begünne. Heute meldet man aus New Orleans, daß in der St. James-Großstraße Italiener, hauptsächlich Mitglieder der Mafia, wiederum drei Personen ermordet haben. Bis jetzt ist noch niemand verhaftet worden.

*(Eisenbahnunfall in Paris.) Der Nachtzug Brüssel-Paris stieß am Freitag bei der Ausfahrt aus dem Brüsseler Bahnhof auf einen Lastzug. Vier Wagen wurden zertrümmert, 9 Personen verwundet, darunter 5 schwer. — Auf der oberirdischen Station Deutsch stießen am Sonnabend zwei Güterzüge zusammen. Personen wurden nicht verletzt, die Wagons und sechs Wagen wurden beschädigt.

*(Prinz Karl von Bayern.) Wie erwähnten schon das neuliche Verschwinden des achtzehnjährigen Prinzen aus München. Wie sich jetzt herausstellt, wollte der junge Mann, welcher als Lieutenant der Armee angeht, der strengen Ueberwachung entziehen und zur See gehen. Er benutzte die Abwesenheit seines Vaters und seines Großvaters, des Prinzregenten, die beide im Speiseraum lagen, und fuhr nach Hamburg zu erhalten sollte. Der Graf aber hielt den Prinzen fest und lieferte ihn dem Vater aus. Der Strafe, so schreibt man einem Wiener Blatte, mußte der abenteuerlustige Prinz Karl aus dem Regimente austreten, denn er als Offizier angeheert.

*(Am Erdboden verschlucken.) In der Mitte der Toledostraße in Neapel öffnete sich am Donnersttag der Erdboden und verschlang zwei gerade passierende Männer.

*(Wemächtigt.) Werner v. Siemens hat ein sehr bedeutendes Kapital — man spricht von 500 000 Mk. — zur Stiftung einer Invalidenanstalt für seine Arbeiter ausgelegt und hierzu die Summen bestimmt, die aus dem

igen unter unter

che einz- abzu- 1s 0132

Merseburger Correspondent.

Wöchentliche Beilage:

Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementpreis

für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Pfg. durch den Herumträger. —
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

Er scheint:
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.
Geschäftsstelle: Delgrube Nr. 6.

No. 246.

Dienstag den 13. Dezember.

1892.

Die Verurteilung Ahlwardt's.

Nach zehntägigen Verhandlungen hat der Prozeß Ahlwardt am Freitag Abend mit der Verurteilung des Angeklagten wegen wiederholter öffentlicher Verleumdung durch die berüchtigte „Judenstimme“-Brochüre zu fünf Monaten Gefängnis geendet. Die Verurteilung ist erfolgt wegen einfacher Verleumdung (§ 186 des St.-G.-B.) und wegen Verleumdung durch öffentliche Verbreitung nicht erweislich wahrer Thatsachen, welche die Beleidigten verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet sind. In beiden Fällen ist das Strafmaßimum 2 Jahre Gefängnis. Da der Gerichtshof eine dreifache Verleumdung der Herren Loewe und Kühne und des Büchsenmachers Risch als erwiesen annahm, muß man das Strafmaß von 5 Monaten als ein sehr mildes bezeichnen. Der Staatsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe von 1 1/2 Jahren beantragt, allerdings unter der Voraussetzung der Kriterien des § 187 des St.-G.-B., nämlich, daß Ahlwardt in den „Judenstimmen“ die Herren Loewe und Genossen „wider besseres Wissen“ beschuldigt habe, im Auftrag der Alliance israelite der Militärverwaltung unbrauchbare Gewehre geliefert zu haben, um das Reich wehrlos zu machen. Gleichwohl wäre der Gerichtshof nicht zu dem vorerwähnten Strafmaß gelangt, wenn er nicht angenommen hätte, daß Ahlwardt durch sein Verhalten das öffentliche und das Staatsinteresse bewußt geschädigt habe. Es ist also genau so gekommen, wie Ahlwardt in der Unterredung mit einem Reporter vor Beginn des Prozesses gehofft hat, nämlich, daß die Richter sich davon überzeugen würden, daß er in Allem in gutem Glauben gehandelt habe. Herr Ahlwardt hat allen Grund, sich bei diesem Urtheil zu beruhigen. Noch milder hätte es überhaupt nicht ausfallen können. Unserer Ansicht nach ist es für die Sache ganz gleichgültig, ob Ahlwardt zu 5 oder zu 15 Monaten Gefängnis verurtheilt ist. Die Bedeutung des Prozesses lag — ähnlich wie in dem Prozeß Buchhoff — in der öffentlichen Klarlegung der Methode, deren sich die Antisemiten bedienen, um ihrem Haß gegen ihre jüdischen Mitbürger Ausdruck zu geben. In diesem Sinne war der Prozeß Ahlwardt ein „Tendenzprozeß“ im guten Sinne des Wortes. Nach der antisemitischen Lehre rührt alles Böse in der Welt, sogar die Ermordung des Kaisers Alexander II., von den Juden her und deshalb wird nicht der einzelne „Jude“, dem eine schlechte Handlung beizulegen werden kann, verfolgt, sondern die Juden überhaupt. Im vorliegenden Falle — und soweit es sich um die Loewe'sche Gewehrfabrikation handelt — waren die Ahlwardt'schen Verleumdungen handgreifliche Verleumdungen. Eine Fabrik wie die Loewe'sche ist im Interesse ihrer Existenz und Zukunft darauf angewiesen, gute Fabrikate zu liefern. Das ist Geschäftssache; von Patriotismus braucht dabei gar keine Rede zu sein. Nur der leidenschaftliche Wunsch, einen jüdischen Feind zu vernichten, konnte Ahlwardt verleiten, den Angaben böswilliger oder unverständiger Arbeiter Glauben zu schenken und auf dieser schwankenden Grundlage ein Gebäude leichtsinniger Verleumdungen aufzubauen. Der Rektor aller Deutschen ist, wie gesagt, ein Opfer seines Fanatismus, seiner Leichtgläubigkeit und seines Mangels an Sachkenntnis geworden. Dafür wird er büßen müssen. Leider aber gehen diejenigen, die einen großen Theil der Verantwortlichkeit für die Sünden Ahlwardt's tragen, frei aus. Und darunter finden sich Männer, die man gemeinhin nicht zu den katolischen Geistlichen zu la Ahlwardt rechnet. Einem bei aller Schlaubeit beschränkten Manne, wie Ahlwardt ist, kann man Wankes zu Gute halten, aber was soll man von den Beschülern des Rektors, den Herren v. Langen, Frh. v. Waderbarth und Anderen sagen, deren Namen in dem Prozeß nicht genannt worden sind, deren Schattenbild aber für halbwegs scharfsichtige Zuschauer sichtbar war. Ahlwardt hat offenbar Helferhelfer in Kreisen geholt, die ihrer

Bildung und ihrer gesellschaftlichen Stellung nach weit über ihn erhaben sind und die den Demagogen zu ihrem Zweden ausgenutzt haben.

Politische Uebersicht.

Soviel auch seit Jahr und Tag über die Nothwendigkeit einer Umgestaltung der Deutsch-konservativen Partei im Sinne einer „Volkspartei“ geredet und geschrieben worden ist — der Verlauf des jüngst stattgehabten Parteitag's wird gleichwohl auf weite Kreise wie auf eine Offenbarung wirken. Wie ein Gebirgsstrom nach dem Gewitter hat die antisemitische Bewegung alle Hindernisse überprungen und diejenigen, die noch halbwegs Bedenken gegen ein rüchhaltiges Zusammengehen mit den Antisemiten hegen, wie Herr v. Rauchhaupt, mit sich forgerissen. Die eigentliche Signatur haben die Verhandlungen durch den konservativen Candidaten bei der Erziehung in Arnswalde-Friedeberg, Herrn v. Baldow erhalten, der das geflügelte Wort des Fürsten Bismarck: „Lieber zehn Sozialdemokraten als einen Freisinnigen“, dahin variiert: „Lieber zehn Antisemiten, zehn Ahlwardt's, als einen Freisinnigen“. Und doch — wenn die konservativen, die sich der Führung des Herrn v. Hammerlein anvertraut haben, noch einer fühligen Erwägung fähig wären, so müßten sie in dem Schicksal des Herrn v. Baldow mehr eine Warnung, als eine Ermunterung, auf dem einschlafenden Wege weiterzugehen, erblicken.

Herr Ahlwardt hat in der Unterredung mit dem Reporter nicht nur die antisemitische Lehre, sondern auch die Methode, deren sich die Antisemiten bedienen, um ihrem Haß gegen ihre jüdischen Mitbürger Ausdruck zu geben, in diesem Sinne war der Prozeß Ahlwardt ein „Tendenzprozeß“ im guten Sinne des Wortes. Nach der antisemitischen Lehre rührt alles Böse in der Welt, sogar die Ermordung des Kaisers Alexander II., von den Juden her und deshalb wird nicht der einzelne „Jude“, dem eine schlechte Handlung beizulegen werden kann, verfolgt, sondern die Juden überhaupt. Im vorliegenden Falle — und soweit es sich um die Loewe'sche Gewehrfabrikation handelt — waren die Ahlwardt'schen Verleumdungen handgreifliche Verleumdungen. Eine Fabrik wie die Loewe'sche ist im Interesse ihrer Existenz und Zukunft darauf angewiesen, gute Fabrikate zu liefern. Das ist Geschäftssache; von Patriotismus braucht dabei gar keine Rede zu sein. Nur der leidenschaftliche Wunsch, einen jüdischen Feind zu vernichten, konnte Ahlwardt verleiten, den Angaben böswilliger oder unverständiger Arbeiter Glauben zu schenken und auf dieser schwankenden Grundlage ein Gebäude leichtsinniger Verleumdungen aufzubauen. Der Rektor aller Deutschen ist, wie gesagt, ein Opfer seines Fanatismus, seiner Leichtgläubigkeit und seines Mangels an Sachkenntnis geworden. Dafür wird er büßen müssen. Leider aber gehen diejenigen, die einen großen Theil der Verantwortlichkeit für die Sünden Ahlwardt's tragen, frei aus. Und darunter finden sich Männer, die man gemeinhin nicht zu den katolischen Geistlichen zu la Ahlwardt rechnet. Einem bei aller Schlaubeit beschränkten Manne, wie Ahlwardt ist, kann man Wankes zu Gute halten, aber was soll man von den Beschülern des Rektors, den Herren v. Langen, Frh. v. Waderbarth und Anderen sagen, deren Namen in dem Prozeß nicht genannt worden sind, deren Schattenbild aber für halbwegs scharfsichtige Zuschauer sichtbar war. Ahlwardt hat offenbar Helferhelfer in Kreisen geholt, die ihrer

quert der Judenfrage bemächtigt, um der Sozialdemokratie Abbruch zu thun. Er hat damit die Keime zu dem antisemitischen Giftbaume gelegt, der heute die konservative Partei überwuchert; aber er hat den Siegeszug der Sozialdemokratie nicht verhindert und — was schlimmer ist — er hat nicht einen Sozialdemokraten zu seinem Evangelium der christlichen Liebe bekehrt. Aber selbst wenn ihm in Zukunft gelänge, was ihm bisher verweigert war, wenn es gelänge, Sozialdemokraten zu Antisemiten zu machen, wärem die Verführten dann „Vaterland, Kirche und Thron“ weniger aufgeben müssen? Oder ist in dem Lager Süder's ein Ahlwardt Vorkämpfer für Vaterland, Kirche und Thron? Und Ahlwardt gehbt ja doch mit zu der Gesellschaft, da der Parteitag den Satz, der die „Ausführungen des Antisemitismus“ verworfen sollte, getrichen hat. Dagegen aber hat der Parteitag die „föhnten Hoffnungen“ der „Kreuzlig“ übertroffen hat, eins ist ihm nicht geglückt: die Reinigung der konservativen Partei von den Herren v. Hellhoff u. Gen. Dieser Stachel ist zurückgeblieben, obgleich man nachträglich in der Einleitung die Worte, welche das Programm von 1876 neben dem neuen Programm aufrecht erhalten sollte, gestrichen und nur eine „Anlehnung an die bewährten Grundsätze“ übrig gelassen hat. Herr v. Hellhoff und 20 Mitglieder der deutschkonservativen Partei des Reichstags haben eine Erklärung verlesen lassen, die unter Berufung auf die Beschlüsse der deutschkonservativen Fraktion gemäßigten Protest einlegt gegen die Beschlüsse des Parteitags. Darin wird konstatiert, daß die Fraktion „widerprüchlos“ beschloßen habe, an dem bisherigen Programm (von 1876) festzuhalten und den Vorstand des Wahlvereins der deutschen Konservativen zu ersuchen, dem Parteitags eine Erklärung vorzulegen, in welcher Stellung zu den concreten, zur Zeit das öffentliche Leben beherrschenden Fragen zu nehmen ist. Und die Abgg. v. Hellhoff und Gen. knüpfen daran die Erklärung, daß sie aus dem Standpunkt des Fraktionsbeschlusses verharren, an dem Programm von 1876 festhalten und das neue Programm nur als eine Erklärung zu den gegenwärtig das öffentliche Leben beherrschenden Fragen betrachten. Und auf Grund dieser Erklärung verbleiben die v. Hellhoff u. Gen. in dem konservativen Verbands, abwartend, bis die antisemitische Säubnung sich verlaufen hat. Etwas Geduld werden sie freilich haben müssen.

Die parlamentarische Kräftigung in Oesterreich hat nunmehr ihre endgültige Klärung durch die Genehmigung des Entlassungs-Gesuches des Grafen Kuenburg erfahren. Graf Kuenburg ist zum Senatspräsidenten beim obersten Gerichtshof ernannt worden. — Dem österreichischen Abgeordnetenhaus hat der Finanzminister Dr. Seindach ein bis Ende März laufendes dreimonatliches Budgetprovisorium vorgelegt. In derselben Sitzung leitete die Regierung eine Niederlage anlässlich einer Interpellation über die Geschäftsgebarung der Versicherungsgesellschaft „Böhm“. Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung sehe sich nicht veranlaßt, gegen die Gesellschaft vorzugehen, da sie die gegen dieselbe angebrachten Anschuldigungen nicht für gerechtfertigt erachte. Die Mehrheit, bestehend aus den Deutschliberalen, Deutschnationalen, Jungsozialen und Antisemiten, beschloß aber gegen den Wunsch des Ministerpräsidenten in eine Befragung der Interpellation einzutreten. — Die halbamtliche „Montagsrevue“ bezeichnet alle Meldungen von bevorstehenden Ministererennungen einschließlich der von der Ernennung eines böhmischen Landmannministers als erfunden; der Ministerpräsident werde die Zeit des Budgetprovisoriums zur Bildung einer neuen Mehrheit benutzen.

In der Panama-Untersuchungsangelegenheit hat die französische Regierung sich zu weitestem Entgegenkommen gegen die Untersuchungskommission bequemt, um ihre Stellung zu befestigen. Ministerpräsident Ribot erklärte der